

Pressemitteilung

des Bezirksverbandes der Freien Wähler Niederbayern

Freie Wähler fordern Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Stellungnahme des Bezirksvorsitzenden Heinrich Schmidt

Viechtach:

Am 01. April 2016 wurde das Kommunalabgabengesetz (KAG) geändert und den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, einen Großteil der Kosten für die Sanierung von Straßen auf die anliegenden Grundstückseigentümer umzulegen.

Eineinhalb Jahre nach Änderung des KAG hat sich herausgestellt, dass diese Umlegung der Straßenausbaubeiträge ungerecht, unsozial und auch von vielen Bürgern nicht zu leisten ist. Viele Städte und Gemeinden konnten in den letzten 30 Jahren ihre Aufgaben im Bereich der Straßensanierungen nicht durchführen, da ihnen schlichtweg die finanziellen Mittel fehlen. Nun werden diese Kosten auf die Bürger umgelegt. Vor allem die finanziell schwachen Kommunen, die Stabilisierungshilfe beantragen, setzt man zunehmend von Seiten der Aufsichtsbehörden unter Druck, die Satzungen in Kraft zu setzen und anzuwenden.

„Diese Straßenausbaubeiträge bringen nicht nur die Bürger auf die Barrikaden, sondern verursachen auch in den in den Kommunen erheblichen politischen Ärger“, so der Bezirksvorsitzende und Bezirksrat Heinrich Schmidt.

In der Summe geht es nur um gut 150 Millionen Euro jährlich – bei einem Staatshaushalt in Höhe von rund 60 Milliarden Euro ein verschwindend geringer Betrag, den der Freistaat Bayern locker übernehmen kann.

Vor allem ältere Bürger wissen oft nicht, wie sie die teils fünfstelligen Beträge begleichen sollen – sie erhalten bei Banken dafür kaum mehr Kredit

Viele Bürgerinnen und Bürger gehen gegen die Erhebung der Beiträge vor Gericht.

Deshalb fordern wir, dass die Staatsregierung eine Summe von 150 Millionen Euro in den Haushalt einstellt, um den Bürgeranteil am Straßenausbau komplett zu übernehmen.

Unsere Landtagsfraktion wird einen Antrag zur Abschaffung dieser Straßenausbausatzung einbringen. Manch andere Partei versucht nun in der Zwischenzeit auf diesen Zug aufzuspringen, wobei wir schon seit dem Frühjahr 2017 die Abschaffungsdebatte in Gang gebracht haben. Sollte die Staatsregierung nicht darauf reagieren, werden wir uns überlegen, durch ein Volksbegehren eine Änderung herbeizuführen“, so der Bezirksvorsitzende Heinrich Schmidt.